

# **EU 2020 - Was die Europäer erwarten**

Schlussfolgerungen aus einer  
Repräsentativbefragung in ausgewählten  
Mitgliedstaaten der Europäischen Union

20. September 2006



Verantwortlich: Armando Garcia-Schmidt  
armando.garciaschmidt@bertelsmann.de

Dr. Dominik Hierlemann  
dominik.hierlemann@bertelsmann.de

Projektmanager, Das Größere Europa  
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

# Inhalt

Europa auf der Suche nach sich selbst	4
Keine Alternativen zur Vertiefung	5
Die EU wächst weiter – aber wohin?	8
Neue europäische Großprojekte?	12
Konsequenzen für die europäische Politik	14

## Europa auf der Suche nach sich selbst

Müdigkeit, Unverständnis und Unwillen attestieren Demoskopien der Bevölkerungen in der Europäischen Union, wenn es um die Zukunft des Integrationsprozesses geht. Optimistischere Geister sehen die Verfassungs- und Erweiterungsdiskussion oder die Debatte um Brüsseler Zuständigkeiten als Elemente in einem immer wiederkehrenden Zyklus des Integrationsprozesses, der jedoch von den Bürgern als krisenbehaftet wahrgenommen wird.

Stimmungsbilder dieser Art beeinflussen politisches Handeln. Vorsichtig und tastend erscheint derzeit europäische Politik, wenn es um die Zukunft der Europäischen Union geht. Der Referenzrahmen dafür sind Meinungsumfragen, die in ihrer Mehrzahl Befindlichkeiten der Bürger erfragen. Dagegen fehlen in der bisherigeren Diskussion empirische Daten darüber, was die Bürger jenseits von Befindlichkeits- und Wunschindizes als plausible Entwicklungsszenarien in der Europapolitik ansehen.

Diesen Schritt hat die Bertelsmann Stiftung mit der vorliegenden Studie getan. TNS Emnid hat für die Bertelsmann Stiftung in 13 ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine repräsentative Befragung durchgeführt. Die Umfrage zielte darauf herauszufinden, wie sich die Bürger der Union die Gestalt und Ordnung des Europäischen Systems im Jahre 2020 vorstellen? Ausgehend von dieser Frage, wurden verschiedene Szenarien vorgegeben, die erstens die zukünftige vertragsrechtliche Grundlage des politischen Systems betreffen, zweitens die Erweiterung der Europäischen Union in den Blick nehmen und drittens nach der Realisierbarkeit konkreter gemeinsamer Projekte fragen.

In den folgenden 13 Ländern wurde die Befragung durchgeführt: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Litauen, Niederlande, Österreich, Polen, Slowakei, Spanien und Ungarn. Die Bevölkerung der ausgewählten Staaten bildet 88% der Gesamtbevölkerung der Union ab. Von

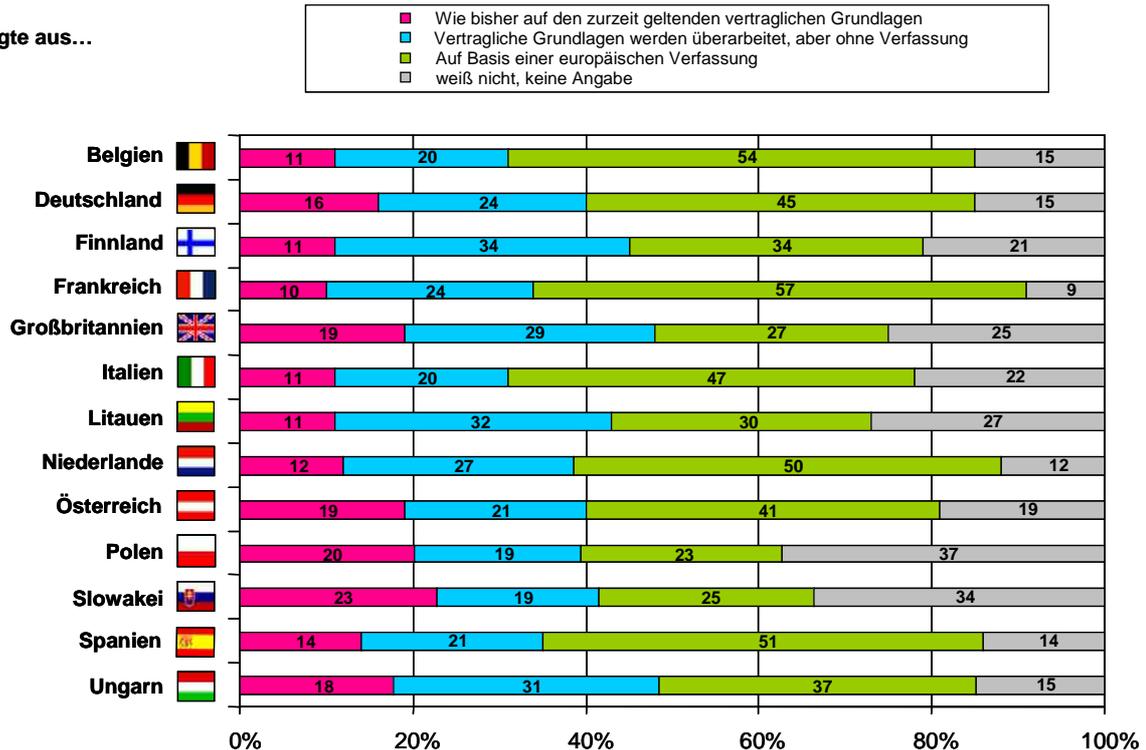
730 Stimmen im Europäischen Rat entfallen 573 auf die Staaten, die durch die Umfrage erreicht wurden. Neun der dreizehn Staaten werden in den Jahren 2006 bis 2011 eine Ratspräsidentschaft zu gestalten haben. Neun Staaten haben die Europäische Verfassung zum Zeitpunkt der Befragung ratifiziert, vier haben die Verfassung nicht oder noch nicht ratifiziert. Neun Staaten waren bereits vor 2004 Mitglied der EU, vier gehören zu der Gruppe der „Neuen“. Fünf Gründerstaaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande) gehören zu der Auswahl. Acht Staaten sind Nettozahler mit Blick auf den EU-Haushalt, fünf Nettoempfänger. Sieben Staaten liegen über dem EU-Schnitt im Pro-Kopf-BIP, fünf darunter. Die Umfrage deckt schließlich alle geographischen Räume innerhalb der EU ab.

Die Erhebungen erfolgten als telefonische bzw. als persönlich-mündliche Repräsentativbefragungen. Insgesamt wurden für diese Studie über 12.000 Personen befragt. Der Befragungszeitraum lag zwischen dem 1. August und dem 4. September 2006.

## Keine Alternativen zur Vertiefung

Die Zukunft der Europäischen Verfassung scheint derzeit ungewisser als je zuvor. Trotz einer Phase des intensiven Nachdenkens haben die politisch Verantwortlichen der EU-Mitgliedstaaten sich noch nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, wie im Verfassungsprozess weiter verfahren werden soll. Die Umfrageergebnisse zeigen dagegen, dass bereits heute eine relative Mehrheit der befragten Europäer an die Realisierung einer Europäischen Verfassung bis 2020 glaubt (40% im Länderdurchschnitt). Nimmt man die 25% hinzu, die an eine Überarbeitung der vertraglichen Grundlagen, aber nicht an eine Verfassung denkt, ergibt sich eine deutliche Mehrheit, die davon ausgeht, dass die institutionellen Grundlagen der Europäischen Union überarbeitet werden. In der Tendenz wird sich die bisherige Integration mit institutionellen Reformschritten fortsetzen. Nur eine geringe Minderheit glaubt an eine Beibehaltung des Status quo mit den derzeit geltenden vertraglichen Grundlagen.

Befragte aus...

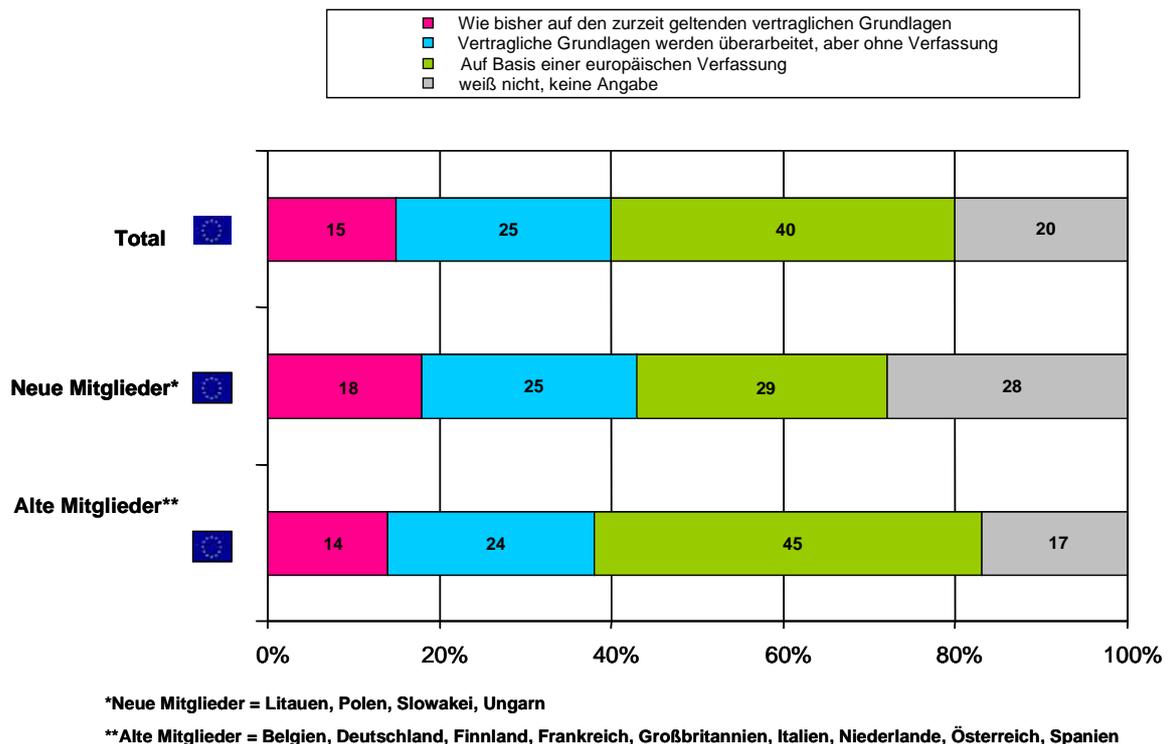


tns emnid

Die höchsten Werte für die Erwartung, dass die EU zukünftig auf der Basis einer Verfassung regiert wird, lassen sich in Frankreich und den Niederlanden feststellen, also in den beiden Ländern, in denen im vergangenen Jahr in Referenden der Entwurf einer Europäischen Verfassung abgelehnt wurde. In Frankreich und den Niederlanden ist zudem die Anzahl derer, die einen Stillstand bei der Fortentwicklung der vertraglichen Grundlagen für realistisch halten, äußerst gering ausgeprägt.

Neben Großbritannien ist vor allem in Finnland, Litauen, Polen und der Slowakei eine skeptische Haltung hinsichtlich der Realisierung einer Europäischen Verfassung bis 2020 verbreitet. Die mittelosteuropäischen Länder halten im gesamteuropäischen Vergleich die Einführung einer Verfassung für weniger wahrscheinlich. Dabei ist in den neuen Mitgliedsländern mit Ausnahme von Ungarn der Anteil derer, die nicht antworten wollen oder können stark ausgeprägt.

Heute wird in der öffentlichen Debatte gerne pauschal von der Krise der europäischen Einigungsidee in den Gründungsländern gesprochen. Die Umfrageergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass sich Bevölkerung mental bereits auf weitere Integrationsschritte vorbereitet hat. Der Blick auf das gesamteuropäische Tableau zeigt, dass die Bevölkerung der Kernländer der europäischen Integration in ihren Erwartungen am weitesten geht.



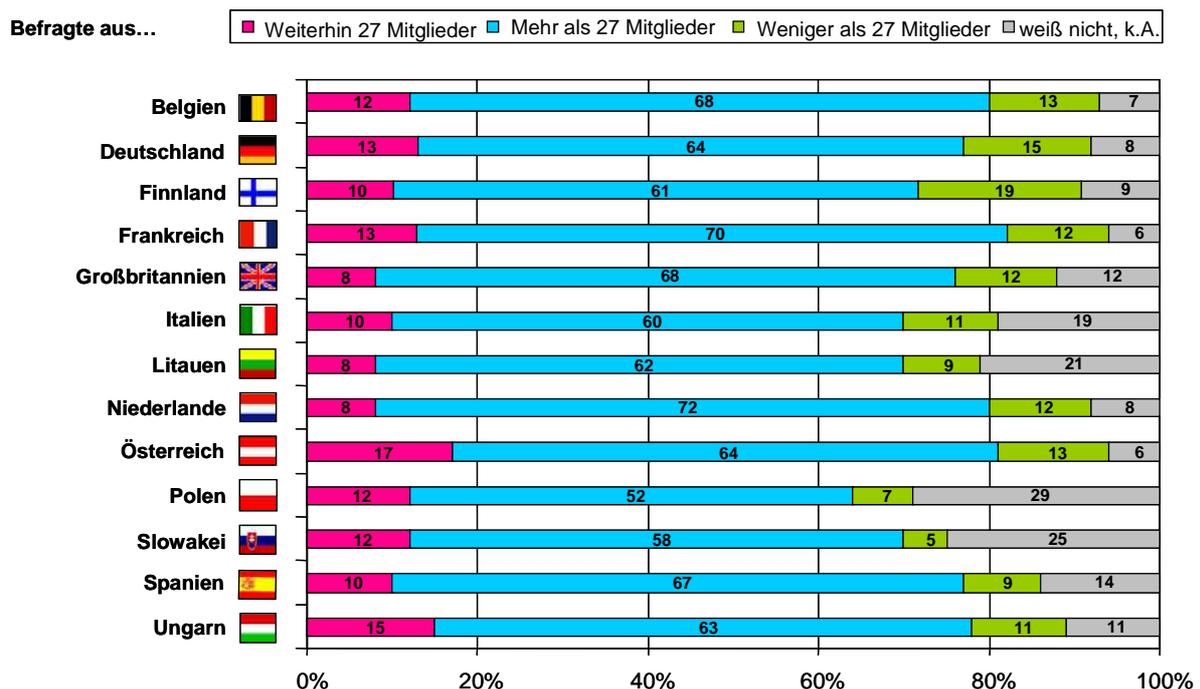
Zwar geben die Zahlen keinen Aufschluss darüber, wie groß die Zustimmung zum europäischen Integrationsprozess in den ausgewählten Ländern ist, aber sie weisen darauf hin, dass unter den klassischen Antreibern des Einigungsprozesses weitere institutionelle Vertiefungsschritte erwartet werden, im Unterschied zu Großbritannien, den neuen Mitgliedstaaten oder auch Finnland.

Frankreich und die Niederlande sind noch aus einem weiteren Grund interessant: In diesen Länder ist der Anteil derjenigen, die keine Angabe machen konnten oder wollten, am niedrigsten ausgeprägt. Gerade die intensive Diskussion vor und nach den Referenden scheint dazu geführt zu haben, dass die

Meinungsbildung in diesen Gesellschaften zu europäischen Fragen weit vorangeschritten ist. Die Ablehnung der Europäischen Verfassung kam französischen und niederländischen Integrationsbefürwortern einer europäischen Blamage gleich. Auf lange Sicht jedoch kann damit ein sehr positiver Effekt verbunden sein: Die Politisierung des Themas Europa und ein stärkerer emotionaler Bezug zu Europa, der ansonsten eher bei Fragen nationaler Politikgestaltung zu finden ist.

## Die EU wächst weiter – aber wohin?

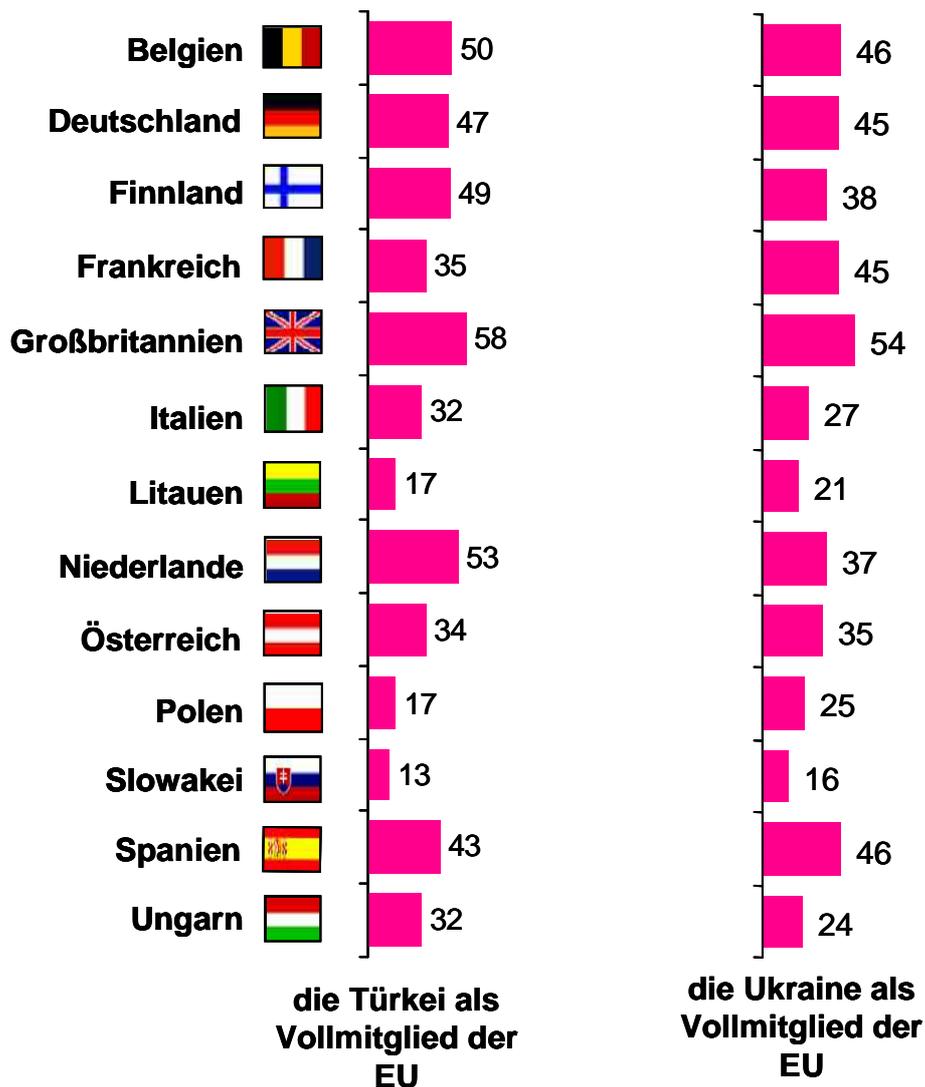
In allen Staaten geht eine große Mehrheit der Befragten davon aus, dass die EU über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens hinaus im Jahr 2020 mehr Mitglieder haben wird.



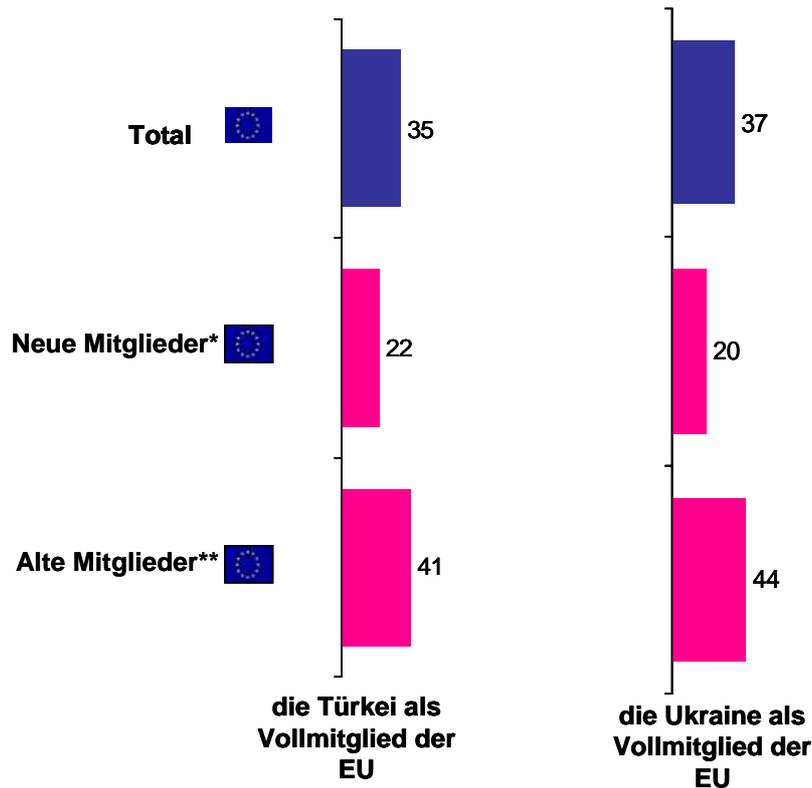
Unter Niederländern und Franzosen, gefolgt von Briten und Belgiern ist diese Annahme besonders ausgeprägt, in Polen am geringsten, auch wenn immer noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung von einem Anwachsen der Union ausgeht.

Fragt man konkret nach einem möglichen Beitritt der Türkei bzw. der Ukraine bis zum Jahr 2020, verändert sich das Bild. Die Mehrheit der Bürger sieht beide Länder auch dann nicht in der Union. Ausnahmen sind Großbritannien und die Niederlande, wo jeweils deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung die Türkei im Jahr 2020 als Mitgliedstaat der Union sieht. Auch die Ukraine wird von jedem zweiten Briten dann in der Union gesehen.

### Befragte aus...



Demgegenüber können sich besonders die Befragten in den Ländern Mitteleuropas in nur sehr geringem Maße die Türkei oder die Ukraine als EU-Mitglieder in eineinhalb Jahrzehnten vorstellen.



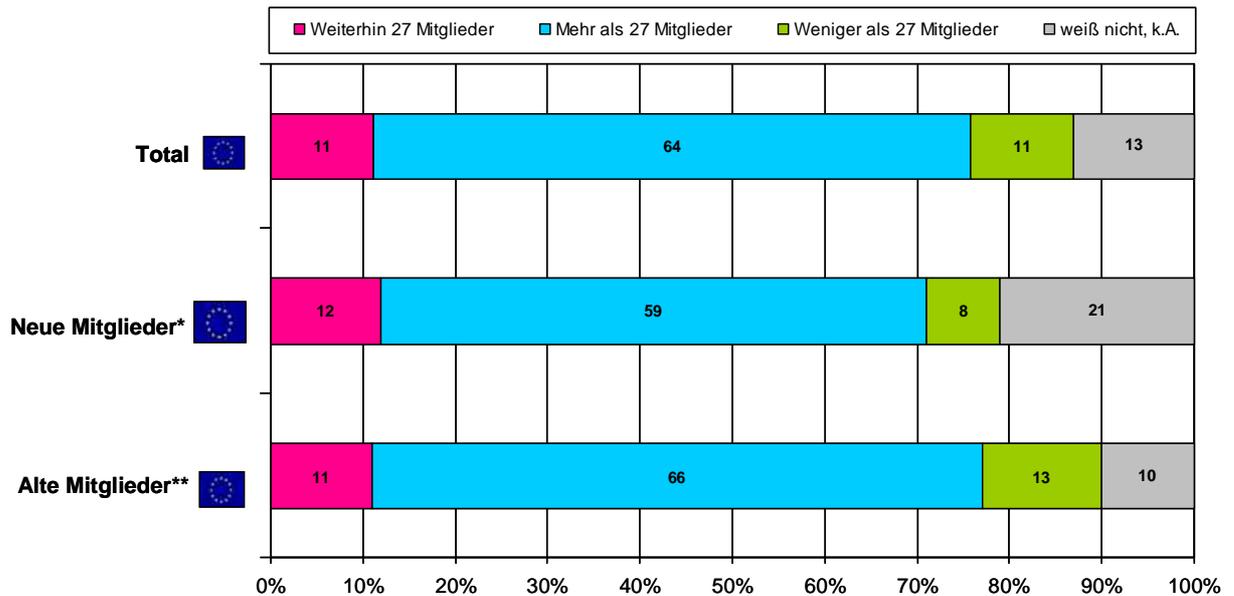
\*Neue Mitglieder = Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn

\*\*Alte Mitglieder = Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Spanien



Auffällig ist, dass vor allem die jüngere Generation in Europa auf ein weiteres Wachsen der Union eingestellt ist: Drei von vier der unter 29jährigen gehen von weiteren Erweiterungsschritten der Union bis zum Jahr 2020 aus. Keinen Unterschied gibt es im Vergleich der Generationen hingegen, fragt man nach dem möglichen Beitritt der Türkei oder der Ukraine. Auch die Jüngeren sehen diese beiden Länder 2020 noch nicht als Mitglieder der Union im Jahr 2020.

Ein auffallend hoher Anteil der Befragten in den neuen Mitgliedstaaten Polen, Litauen, Slowakei – aber auch im EU-Gründungsmitglied Italien – lehnt die Beantwortung der Frage nach der zukünftigen Größe der Union ab und verweigert sich auch einer Prognose über den Beitritt der Türkei und der Ukraine. Demgegenüber enthalten sich gerade in Frankreich und den Niederlanden so gut wie keine Angesprochenen einer Aussage zu diesen Fragen.



\*Neue Mitglieder = Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn

\*\*Alte Mitglieder = Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Spanien



Im Vergleich unter den befragten Nationen sind es die Polen und die Slowaken, die sich kaum einen Rückschritt bzw. Zerfall der Union vorstellen können. In Finnland erwartet dagegen jeder Fünfte Befragte, dass die Europäische Union im Jahr 2020 kleiner ist als heute.

Unabhängig davon, ob die Bürger in Europa ein weiteres Wachstum der Union befürworten oder ablehnen, sie setzen dieses als folgerichtige und zu erwartende Entwicklungsperspektive der Union. Die Europäische Integration wird weiterhin, und schaut man auf die jüngere Generation in Zukunft verstärkt, als nach außen offenes und in seinen Grenzen noch nicht abgeschlossenes Projekt wahrgenommen. Debatten über künstliche Grenzziehungen, die zentrale Teile des Kontinents wie den westlichen Balkan aus dem gemeinsamen Projekt hinausdefinieren wollen, laufen ins Leere. Nur eine Minderheit der Europäer geht bei realistischer Einschätzung von einem Stillstand des Prozesses aus. Eine Aufnahme von Staaten wie der Türkei und der Ukraine wird von den Meisten jedoch als Herkulesaufgabe wahrgenommen, die in einem Zeithorizont von knapp eineinhalb Jahrzehnten nicht zu bewältigen ist.

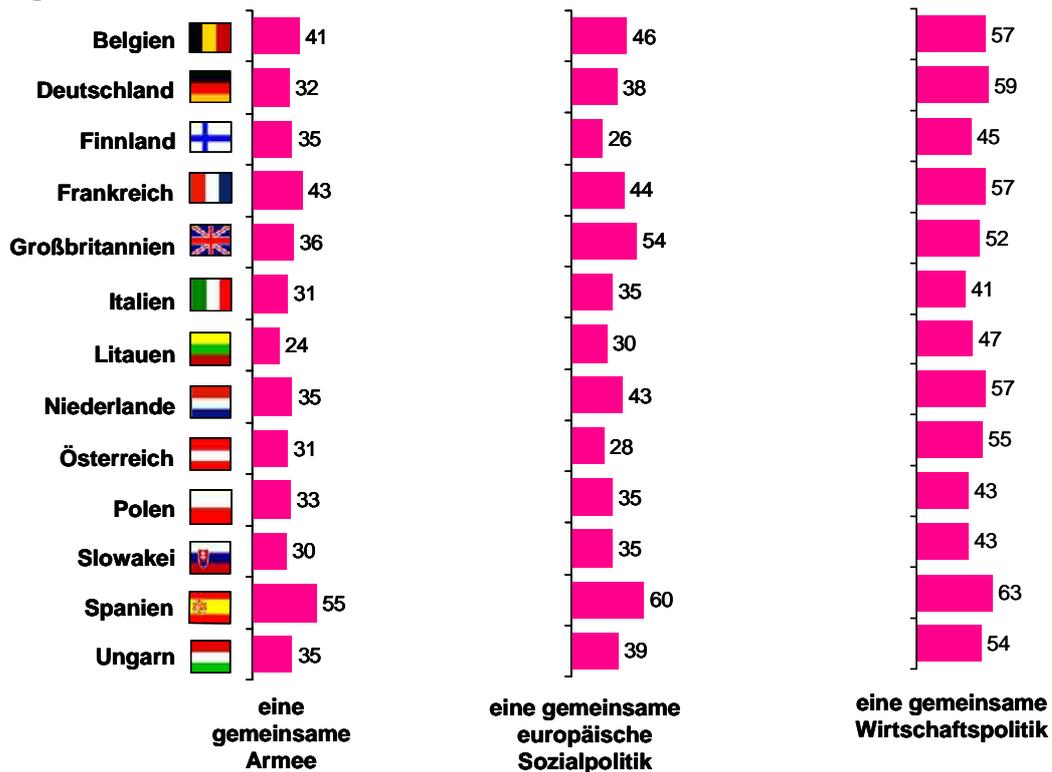
## Neue europäische Großprojekte?

In bestimmten Politikfeldern erwartet die Mehrheit der Befragten eine gemeinsame europäische Politik bis zum Jahre 2020. Die Wirtschaftspolitik und damit verbunden eine europäische Wirtschaftsregierung ist vor der Sozialpolitik oder einer gemeinsamen Armee das Projekt, das innerhalb der nächsten 15 Jahre realisierbar scheint. Mit Ausnahme von Finnland und Italien glaubt in allen alten Mitgliedstaaten mehr als die Hälfte der Bevölkerung an eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Auffallend ist im italienischen Fall auch der hohe Anteil (20%) derjenigen, die sich über potentielle gemeinsame Politikbereiche nicht äußern kann.

Die Zahlen zu einer gemeinsamen Sozialpolitik wie auch zu einer europäischen Armee liegen deutlich hinter denen zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Ein anderes Ergebnis wäre auch verwunderlich, erscheint doch eine Anknüpfung an die bestehende ökonomische Integration für weit wahrscheinlicher als an eine eher in Grundzügen vorhandene europäische Sozialpolitik oder gar eine Armee. Gerade die Sozialpolitik wie die Verfügbarkeit über eine eigene Armee sind eine der letzten verbliebenen Bastionen nationaler Politik. Dennoch hält es mehr als ein Drittel der Befragten im Länderdurchschnitt bereits innerhalb der nächsten 15 Jahre für wahrscheinlich, dass auch diese Politikbereiche vollständig auf die europäische Ebene übertragen werden. Offenbar ist ein großer Teil der Bevölkerung nicht von einem Stillstand, sondern vielmehr von einer weiteren Beschleunigung des Integrationsprozesses überzeugt.

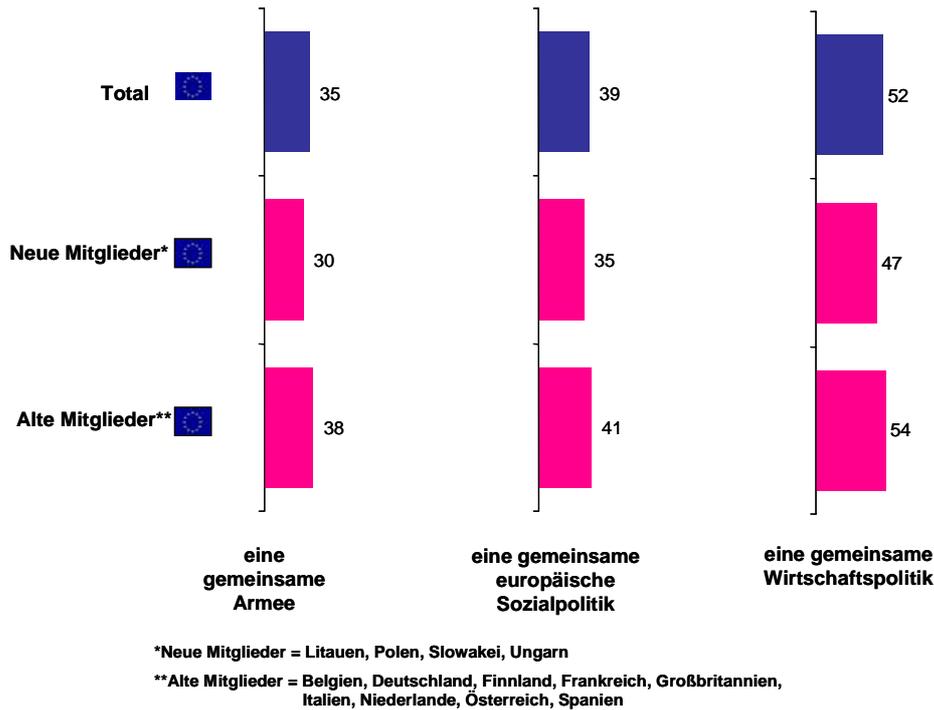
In Spanien erwartet in allen drei Bereichen – Armee, Soziales und Wirtschaft – weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung von einer gemeinsamen europäischen Politik im Jahre 2020. Auch glauben mit Ausnahme von Italien, die Bürger der EU-Kernländer – Belgien, Deutschland, Frankreich und die Niederlande – an einen Integrationsfortschritt.

## Befragte aus...



Eine Mehrheit der Briten hält eine gemeinsame Sozialpolitik für realistisch. Dieses Ergebnis scheint überraschend, ließe sich jedoch mit einer anderen Vorstellung von Sozialpolitik erklären als sie in Kontinentaleuropa gebräuchlich ist. Möglich wäre ebenso, dass die Briten fürchten, von den sozialpolitischen Forderungen vieler kontinentaleuropäischer Länder an die Wand gedrückt zu werden.

Insgesamt ist der Anteil derjenigen, die weder eine gemeinsame Sozialpolitik, noch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik oder eine europäische Armee erwarten, sprich derjenigen, die an keine Realisierung jedweder dieser drei Projekte glauben, gering.



Die Bevölkerung in Europa ist mehrheitlich davon überzeugt, dass es zu einem neuen europäischen Großprojekt kommen wird, auch wenn sie dieses bisher nicht klar benennen kann.

## Konsequenzen für die europäische Politik

Vertiefung, Erweiterung und die Frage nach politischen Großprojekten standen im Fokus der Umfrage. Die Bürger nahmen Stellung zu möglichen Entwicklungsszenarien sowie zur Gestalt der EU im Jahre 2020. Welche umfassenden Ableitungen können aus der Datenlage gezogen werden und welche Konsequenzen bedeuten die Ergebnisse für die europäische Politik?

In ihrer großen Mehrheit sind die Bürger der befragten Länder – und damit knapp 90% der EU – von der bisherigen Vision der Union und einer damit verbundenen weiteren politischen Vertiefung und geographischen Erweiterung überzeugt. Die Daten zur Verfassungsfrage deuten darauf hin, dass die Bürger in einzelnen Punkten bereits weiter als die Politik sind. Viele der heutigen Streitpunkte sind nach Ansicht der Öffentlichkeit bereits erledigt. Während die

Politik nach wie vor mit der politisch-technischen Umsetzung der Europäischen Verfassung bzw. zumindest ihrer Inhalte beschäftigt ist, nehmen die Bürger diese Entwicklung bereits vorweg. Gerade in den Ländern, die traditionell als Reformmotoren der EU angesehen wurden, glaubt die Bevölkerung entgegen einer landläufig verbreiteten Einschätzung immer noch an den Grundmodus der europäischen Integration. Die Umfrage weist darauf hin, dass die Europäer sich in ihrer Mehrheit darüber bewusst sind, dass eine verlässliche und funktionierende politische Grundordnung für die EU ebenso notwendig wie erreichbar ist.

Die Datenlage zum Erweiterungskomplex unterstreicht den gesellschaftlichen Diskussionsbedarf in Fragen der künftigen EU-Erweiterungsstrategie. Zwar ist der Glaube an ein weiteres Mitgliederwachstum der EU – vor allem auch in der jüngeren Generation – weit verbreitet, die Chancen einzelner Länder auf einen solchen Beitritt beurteilen die Bevölkerungen der befragten EU-Staaten hingegen skeptischer. In dieser Beurteilung zeigt sich das Dilemma der aktuellen europäischen Politik: Weder den Staaten Südosteuropas, der Türkei oder der Ukraine will die EU die Perspektive auf einen möglichst raschen Beitritt nehmen. Zugleich aber kann sie eine baldige Aufnahme aufgrund der politisch-ökonomischen Situation der Bewerberländer und der Fähigkeit des EU-Systems zur Absorption der neuen Staaten nicht mehr gewährleisten. In ihrer differenzierten Beurteilung weisen die Bürger implizit auf die Notwendigkeit einer weiterentwickelten Erweiterungsstrategie der EU hin, die Konzepte der differenzierten Integration von Mitgliedstaaten enthalten sollte und einer breiten öffentlichen Debatte bedarf.

Neben der künftigen institutionellen Verfasstheit Europas und seiner geographischen Reichweite kreist die europapolitische Debatte derzeit um die Fragen neuer europäischer Großprojekte. Auch wenn allein für die Wirtschaftspolitik die Mehrheit der Bevölkerung im Länderdurchschnitt einen gemeinsamen europäischen Ansatz für das Jahr 2020 sieht, deuten selbst die Werte zur Sozi-

alpolitik und zur gemeinsamen Armee auf das Potential neuer Großprojekte hin. Denn dass deutlich mehr als ein Drittel an die vollständige Vergemeinschaftung dieser Politikbereiche innerhalb der kommenden eineinhalb Jahrzehnte glaubt, ist für diese eng mit nationalen Traditionen und Selbstbewusstsein verwobenen Fragen erstaunlich. Für die europäische Politik bietet das die Chance, den Nutzwert Europas für den Bürger in neuen Großprojekten spürbar werden zu lassen. Es bedarf jedoch einer prinzipiellen Entscheidung, ob tatsächlich neue Großprojekte angepeilt oder eine Vielzahl von kleineren Projekten mittlerer Reichweite umgesetzt werden sollen.

Die Weiterentwicklung der europäischen Idee entbindet Europa nicht von der tieferen Integration der Gesellschaften Mitteleuropas in die Europäische Union. Die Daten belegen nicht nur eine hohe Politikabstinenz großer Teile der Bevölkerung Polens, Litauens oder der Slowakei, sondern weisen implizit auf die Ängste hin, von der dynamischen Weiterentwicklung der EU überrollt zu werden. Gerade in diesen Ländern kann man sich eine baldige Aufnahme der Türkei oder der Ukraine ebenso wenig vorstellen, wie einen Verfall der EU. Die Debatte der vergangenen zwei Jahre über die Folgen der Erweiterung für die alten Mitgliedstaaten hat dazu geführt, dass die interne gesellschaftliche Entwicklung der jüngeren Mitgliedstaaten aus den Augen verloren wurde. Trotz einer imposanten wirtschaftlichen Dynamik dieser Länder müssen viele gesellschaftliche Gruppen immer noch in die Mitte Europas hineinflinden.

Die Politisierung Europas scheint in den kommenden Jahren möglich. Dort, wo eine intensive öffentliche Debatte über die Europäische Verfassung, das Ziel und den künftigen Kurs der europäischen Integration stattgefunden hat, ist die Bereitschaft Auskunft zu geben höher und das Wissen um den jeweiligen thematischen Hintergrund fundierter als anderswo. Die derzeitige Verfassungsdiskussion zeigt, dass in der EU eine Diskussionskultur entstehen kann, die wie auf der nationalstaatlichen Ebene üblich, auf einer intensiven öffentlichen Auseinandersetzung über unterschiedliche Politikentwürfe fußt.

## Adresse | Kontakt

### **Armando Garcia-Schmidt**

#### **Projektmanager**

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon 05241 81-81543

Telefax 05241 81 681543

Email [armando.garciaschmidt@bertelsmann.de](mailto:armando.garciaschmidt@bertelsmann.de)

### **Dr. Dominik Hierlemann**

#### **Projektmanager**

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon 05241 81-81537

Telefax 05241 81 681537

Email [dominik.hierlemann@bertelsmann.de](mailto:dominik.hierlemann@bertelsmann.de)